

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 9

Artikel: Die SPÖ geht ins zweite Jahrhundert : Grundwerte nicht verändern
Autor: Fischer, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340634>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wachstums ja auch nicht zu meistern; heute stammen schon bald einmal ein Prozent aller in der Schweiz verzehrten Eier von KAG-Vertragsproduzenten, vom bevorstehenden Terraingewinn beim Weidefleisch ganz zu schweigen.

Die Politisierung des Markts

In der Organisation spezieller Nachfragen und deren Verknüpfung mit den entsprechenden speziellen Angeboten auf befreiten, geschützten und entsprechend zuverlässigen Märkten steckt ein ungeheures Verdrängungspotential. Wir sollten es, frei kombiniert mit «takeover»-Strategien, noch vor der grossen Euro-Binnenmarkt-Flutwelle zu nutzen beginnen. Ein von mir im kommenden September erstmals durchgeführtes Seminar will dazu beitragen, dass wir die Chancen rechtzeitig wahrnehmen.

Vielleicht werden dann schon Mitte der neunziger Jahre sogenannte «Marktwirtschaftler» die «Polarisierung», ja die «Ideologisierung» des Marktes beklagen – untrügliches Zei-

chen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Noch vor Ende dieses Jahrtausends dürften dann erste grössere Erfolge im Verbund zielverwandter Labels und entsprechende Verstärkungen («Archipelisierung») der befreiten Gebiete möglich werden. Auf diese Weise könnte es beispielsweise gelingen, den Tierfabriken im Verdrängungswettbewerb europaweit immer grössere Absatzgebiete zu entreissen.

In den ersten Dezennien des nächsten Jahrhunderts dürfte die gesellschaftliche Eroberung und Befreiung spezieller Marktgebiete zu einem ganz normalen Vorgang geworden sein und die heute vorherrschende Tendenz zur Globalisierung und Uniformierung der Warenmärkte mehr und mehr unterlaufen. Immer vorausgesetzt, dass die oppositionellen Kräfte den engen klassisch-politischen Horizont ihres bisherigen Tuns überschreiten und das längst Erträumte nicht mehr nur normativ, durch immer wieder geforderte Beschlüsse, sondern auch praktisch, durch eigene autonome wirtschaftliche Eingriffe zu verwirklichen versuchen.

lassen, dass ein Mann aus der Wirtschaft, ein Bankdirektor, zum Vorsitzenden dieser traditionsreichen Partei gewählt wurde?», fragt der Leitartikel einer bürgerlichen Zeitung und demonstriert, welche Sorgen er sich um die Ideologie der österreichischen Sozialdemokratie macht.

«Ob denn das bürgerliche Lager nicht erkennt, dass Franz Vranitzky immer mehr auf die Positionen der Linken in seiner Partei Rücksicht nehmen muss und immer häufiger auf rein sozialistische Positionen einschwenkt?», fragt ein anderer Leitartikel fast zur gleichen Zeit in der gleichen Zeitung und macht sich Sorgen, wie blind doch das Bürgertum gegenüber dieser «Linksentwicklung» in der SPÖ ist.

Die Sozialdemokratie soll vor ihren eigenen Anhängern als Nachhut der Wende denunziert werden und gleichzeitig – wie in den vergangenen 99 Jahren – als Bürgerschreck dienen. Jawohl, die SPÖ hat nach dem Rücktritt von Fred Sinowatz mit grosser Geschlossenheit einen neuen Vorsitzenden gewählt, der vorher u. a. sehr erfolgreich in der Wirtschaft tätig war. Sie hat damit ihre Kompetenz im Bereich wirtschaftspolitischer Entscheidungen gefestigt und erhöht. Sie hat damit einen Parteivorsitzenden mit hervorragenden Umfragewerten und grossem Ansehen in der Öffentlichkeit.

Sie hat damit in reibungsloser Weise etwas hinter sich gebracht, was der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) vermutlich noch in sehr turbulenter Weise bevorsteht. Und sie hat aus allen diesen Gründen ihre Chancen, in den neunziger Jahren die stärkste Partei in Österreich zu bleiben, wesentlich erhöht.

Aber sie hat ihre Grundwerte nicht verändert, ihre Ideale nicht verraten und ihre Visio-

Die SPÖ geht ins zweite Jahrhundert

Grundwerte nicht verändern

Heinz Fischer über die Situation nach dem Parteitag

Nicht nur die Schweizer Sozialdemokraten feiern in den nächsten Monaten den 100. Geburtstag ihrer Partei: Auch die Österreicher stehen kurz vor dem gleichen Jubiläum. An ihrem letzten Parteitag stand so etwas wie eine Standortbestimmung für die nächste und übernächste Zu-

kunft auf der Traktandenliste. Dazu veröffentlichen wir einen Kommentar von Heinz Fischer, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ).

«Ob sich die Linken in der SPÖ wohl auf die Dauer gefallen

nen von einer solidarischen, friedlichen und gewaltfreien Gesellschaft nicht aufgegeben. Ich bin nicht der Meinung, dass die Begriffe «rechts» und «links» in der Politik jede Bedeutung verloren haben; aber ich bin der Meinung, dass sie heute nicht mehr ausreichen, um politische Positionen hinreichend zu beschreiben oder Ansätze für Problemlösungen als richtig oder falsch erkennen zu können.

Innovation in der Politik

Wir müssen uns den Weg in die neunziger Jahre, den Weg in das zweite Jahrhundert der sozialdemokratischen Bewegung mit Mut zu neuen Ideen und unter Bedachtnahme auf die Veränderungen in der Gesellschaft bahnen, und dabei reicht das alte Koordinatensystem zur Orientierung nicht aus. Ist etwa das neue Denken in der Sowjetunion nicht auch für Sozialisten eine beachtliche Herausforderung? Ist Glasnost rechts oder links? Ist die Innovation in der Politik nicht genauso wichtig wie in der Wissenschaft oder in der Kunst? Ich bin überzeugt, dass die österreichische Sozialdemokratie in den siebziger Jahren für unser Land – und damit auch für unsere Bewegung – eine wirklich historische Leistung erbracht hat. Österreich ist damals in weiten Bereichen sozialer, moderner, liberaler, leistungsfähiger und nicht zuletzt demokratischer und selbstbewusster geworden. Und je mehr manche bürgerliche Politiker jetzt die siebziger Jahre zur Zielscheibe ihrer Kritik machen, um so mehr wissen sie wahrscheinlich in ihrem Innersten, wie positiv und wie wichtig die Veränderungen, die Innovationen in dieser Periode waren. Und dennoch ist der Satz richtig, dass die Lösungen für die siebziger Jahre nicht au-

tomatisch die Lösungen für die neunziger Jahre sein können. Es ist längst Bestandteil unserer Gedankenwelt geworden, dass hinter jedem gelösten Problem neue und andere Probleme auftauchen, die dann auch nach neuen Problemlösungen verlangen.

In seiner Rede vor dem Parteitag hat Bundeskanzler Vranitzky einige dieser Probleme angesprochen, doch es wird eigentlich viel zu wenig darüber diskutiert.

Unterschiedliche Positionen zum Thema Personalisierung der Politik lassen manche Beobachter schon das grosse Schisma prophezeien, und wenn Alfred Dallinger mehr Radikalität in der Friedenspolitik fordert, ruft der Verteidigungsminister den Bundeskanzler zu Hilfe. Man muss ja nicht gleich so ketzerisch sein wie Wolfgang Michal in einem Artikel unter dem Titel «Die SPD – die altmodische Variante der Volkspartei?», wo er schreibt: «Selbstgenügsam tümpelt die SPD vor sich hin, das Aussehen der Partei ist heruntergekommen, man sieht es an den Fassaden und Büroausstattungen der Parteihäuser, am Desinteresse gegenüber den eigenen Medien; an der Langlebigkeit der Parteitage, an der Spiesserhaftigkeit des Wahlkampfmaterials. Der deutsche Wimpel, die deutsche Fahne, die deutsche Krawatte – sie sind nicht totzukriegen. Fehlt eigentlich nur noch der Gartenzwerg mit der roten Fahne. Die Wahlkampfsprache ist noch immer der Kaiserzeit verhaftet: Es wird viel marschiert, viel erobert und geschossen, der Tanker zeigt die Flagge, und die Parteisoldaten üben den Schulterschuss. Die gängige Kennzeichnung der Parteiführung gleicht altdeutscher autoritärer Charaktere: Zuchtmeister, Bezirksfürsten, Landesväter und Oberlehrer...

Es ist nicht zu leugnen: Die Divergenz zwischen den traditionellen Organisationsformen der Sozialdemokratie und den politischen Ausdrucksformen junger Menschen wird derzeit eher grösser statt kleiner. Aber Modernisierung allein wäre zu wenig, wenn die Form nicht dem Inhalt entspricht und von dieser geprägt wird. Um die Inhalte sozialdemokratischer Politik muss gestritten und gerungen werden, wenn nicht eine farblose, technokratische, medienhörige Politik entstehen soll.

Eine der Voraussetzungen dafür ist, dass wir noch besser lernen, zwischen engagierter Diskussion und eigensüchtiger Disziplinlosigkeit zu unterscheiden. Wenn unsere Mitglieder in der Partei nervös werden, weil nicht alle mit einer Zunge sprechen und unterschiedliche Ansichten äussern, dann übersehen sie, dass Diskussion ein geistiger Prozess ist, dessen Ergebnis nicht von vornherein feststeht.

Wenn wir uns aber für eine bestimmte Richtung entschlossen haben, dann darf die Schlagzeile, die jedem winkt, der sich öffentlich für die Gegenrichtung ausspricht, kein hinreichender Grund sein, um dieser Schlagzeile willen für das Gegenteil zu plädieren.

«Linke Volkspartei»

Wohin geht also die Sozialdemokratie in Österreich nach dem Wechsel von Fred Sinowatz zu Franz Vranitzky?

Rund um den Parteitag wurde die Frage diskutiert, ob sich die SPÖ als «linke Volkspartei» etablieren soll. Es ist dies eine Frage, die uns nach einigen Klarstellungen nicht übermässig beschäftigen sollte. Die SPÖ ist – soziologisch gesehen – längst eine Volkspartei geworden und war es schon, bevor Bruno Kreisky Parteivorsit-

zender wurde, weil sie schon frühzeitig aufgehört hat, eine reine Klassenpartei zu sein und sich in ihren Reihen Mitglieder und Wähler aus den verschiedensten Berufs- und Bevölkerungsschichten befinden.

Nur in Österreich, wo sich die bürgerliche Partei seit 1945 Volkspartei nennt, ist die Bezeichnung «linke Volkspartei» irreführend, weil sie dahingehend missverstanden werden könnte, dass es sich bei der SPÖ um eine Spielart und Variante der ÖVP handelt. Der Ausdruck linke Volkspartei ist soziologisch richtig, aber politisch falsch.

Gewisse Ähnlichkeiten mit dem Ungeheuer von Loch Ness, das bekanntlich immer dann auftaucht, wenn es weniger andere Themen gibt, hat die Diskussion über das Thema «Mitgliederpartei oder Wählerpartei?».

Eine demokratische Partei stellt sich nicht freiwillig vor die Alternative, entweder viele Mitglieder oder viele Wähler zu haben, sondern sie will natürlich beides haben. Die Vorstellung, dass die SPÖ ihre 670 000 Mitglieder gewissermaßen als Ballast empfindet, von dem man sich befreien muss, um den Idealen der Wählerpartei zu entsprechen, scheint mir ziemlich realitätsfern zu sein.

Noch einige Anmerkungen zu verschiedenen Sachfragen: So erfreulich es ist, dass die SPÖ in den Augen der Bevölkerung und auch in den Augen vieler Fachleute an Wirtschaftskompetenz gewonnen hat, so sehr muss sie sich anstrengen, nicht an sozialer Kompetenz zu verlieren. Es geht hier – dies sei zugegeben – nicht nur um grundsätzliche, sondern auch um aktuelle Themen.

Es war die ÖVP, die bei den Koalitionsverhandlungen vom Januar 1987 unsere Überlegungen in Richtung einer Eindäm-

mung des Budgetdefizites zugespitzt und konkretisiert hat. Das Ziel der Koalitionsregierung lautet, das Budgetdefizit von 5 Prozent im Jahre 1987 auf 2,5 Prozent im Jahre 1992 abzusensenken.

Dazu ist es unter anderem notwendig, das Wachstum der Bundeszuschüsse zur Sozialversicherung abzuflachen. Nach den Ziffern und Prognosen des Sozialministers geben wir im Jahre 1988 für die Pensionsversicherung etwa 180 Milliarden Schilling aus bei Einnahmen von etwa 130 Milliarden, während für das Jahr 1995 Ausgaben 240 Milliarden und Einnahmen von 160 Milliarden errechnet werden. Dies bedeutet bei unveränderter Rechtslage ein Ansteigen der Bundeszuschüsse für die Pensionsversicherung von rund 50 Milliarden auf rund 80 Milliarden Schilling innerhalb von 7 Jahren.

Da Massnahmen zur Eindämmung dieses Wachstums sicher nicht dort einsetzen können, wo ein Rentner oder Rentnerhepaar von einer einzigen, womöglich relativ niedrigen Pension lebt, sondern nur dort, wo es Doppelpensionen oder ein Nebeneinander von Pensionen und Activeinkommen gibt, wäre es ebenso gerecht wie notwendig, dass derjenige, der ein Activeinkommen über einer bestimmten Höhe hat, nicht auch noch eine volle, gekürzte, über das Versicherungsprinzip hinausreichende und aus öffentlichen Mitteln bezuschusste Pension haben kann.

Wenn sich aber die ÖVP dennoch mit allen Möglichkeiten, die ihr der Koalitionspakt bietet, gegen jede Art von Ruhensbestimmungen und auch gegen Einnahmeerhöhungen zur Wehr setzt, dann wird der Punkt kommen, wo die SPÖ ihre Verbundenheit mit den Rentnern und insbesondere mit den sozial Schwächeren unter

ihnen höher bewertet als das von der ÖVP in letzter Zeit in den Hintergrund gedrückte Ziel der Budgetkonsolidierung. Die SPÖ darf – um es noch präziser zu formulieren – ihre Verbundenheit mit den Rentnern und ihre Schutzfunktion für die sozial Schwächeren unter den Rentnern nicht auf dem Altar der Budgetkonsolidierung opfern, während die ÖVP sich nur um Stimmenmaximierung kümmert und das Budget in diesem Bereich als Privatsorge des Finanzministers betrachtet.

Kein Europamuffel

Ein Thema von strategischer Bedeutung ist die Frage der europäischen Integration: Die SPÖ ist kein Europamuffel. Die Idee der europäischen Kooperation und Integration ist richtig. Wir wollen an dieser europäischen Zusammenarbeit aktiv und initiativ teilnehmen.

Wir wollen die Chancen eines europäischen Binnenmarktes so weit wie möglich nutzen. Aber wir wollen auch die sich aus der österreichischen Neutralität ergebende Chance weiterhin wahrnehmen und im Vergleich zur Schweiz oder zu Schweden kein unsicherer, opportunistischer Kantonist sein. Ausserdem müssen wir uns von der modernen Variante des alten Traumas befreien, dass Österreich ein Staat ist, der ohne Anschluss oder Integration an (in) einem grossen Wirtschaftsraum nicht lebensfähig sei.

Wir sollten eine aktive Integrationspolitik betreiben, die Kooperation mit der Schweiz und Schweden in diesem Zusammenhang noch weiter verstärken. Wir sollten die Chancen, die sich aus dem österreichischen Vorsitz in der EFTA und aus der Tatsache, dass darüber hinaus ein Österreicher Generalsekretär der EFTA ist, nutzen, aber wir dürfen nicht den

hektischen, unüberlegten Bittsteller spielen, der keuchend und schlecht vorbereitet am Verhandlungstisch anlangt und lautstark verkündet: «Wir haben keine Alternative zur Vollmitgliedschaft in der EG, also diktiert uns eure Bedingungen.»

Grenzen nicht überschreiten

So steht die österreichische Sozialdemokratie wenige Wochen nach einem Personenwechsel an der Spitze der Partei und wenige Monate vor ihrem 100. Geburtstag in einer schwierigen, aber doch interessanten und zukunftssträchtigen Phase ihrer Entwicklung. Sie ist seit 18 Jahren die stärkste politische Kraft in Österreich. Über eine Selbstverständlichkeit viele Worte zu verlieren ist unnütz, aber dass dies eine Selbstverständlichkeit sein muss, soll ausgesprochen werden:

Die österreichische Sozialdemokratie hat Problemlösungsfähigkeit bewiesen, muss sich aber auch Sensibilität für ihre eigenen Schwächen und Probleme bewahren. Sie führt eine Koalitionsregierung, in der

selbstverständlich viele Kompromisse geschlossen werden müssen, aber sie muss wissen, welche Grenzen dabei nicht überschritten werden dürfen. Sie hat Realismus und Visionen und benötigt auch beides und darüber hinaus die Unterstützung möglichst vieler engagierter, sozial denkender, politisch interessierter Menschen, wenn sie ihren Weg in die neunziger Jahre erfolgreich weitergehen will – und dazu ist sie fest entschlossen.

Noch etwas Letztes soll unserer Bewegung ins Stammbuch geschrieben werden, auch wenn es altmodisch und hausbacken klingen sollte: Die verschiedenen Skandale der letzten Jahre waren ein Menetekel an der Wand unserer Demokratie. Die Sozialdemokratie verdient den Tadel ihrer Freunde und wird ihren Grundprinzipien untreu, wenn sie nicht strengere moralische und ethische Massstäbe an sich und ihre Funktionäre anlegt, als dies bei anderen Parteien der Fall ist. Der Sozialismus von Victor Adler bis zur Gegenwart hat eine moralische Dimension und muss eine moralische Dimension haben.

Copyright by «Zukunft».

SPD: Genossinnen übernehmen die Führung

Gruppenbild mit Damen

Von Horst Hartmann

Orte der Handlung: Hamburg und Langen im Kreis Offenbach. Zum erstenmal in der Geschichte der SPD wurden ein Landesverband und ein besonders wichtiger Bezirksverband von Frauen geleitet. Die Hamburger Genossen wählten die 38jährige Diplompädagogin Traute Müller zur Landesvorsitzenden mit 207 von 303 Delegiertenstimmen, und der

Bezirk Hessen-Süd entschied sich für die 45jährige Heidemarie Wieczorek-Zeul mit 161 von 299 gültigen Stimmen.

Traute Müller war in der Erwachsenenbildung tätig und zuletzt als Geschäftsführerin des Zentrums für berufliche Integration von Arbeitslosen. Die Gewerkschafterin war in den siebziger Jahren Mitglied des Juso-Landesvorstandes und

des Bundesvorstandes der Jungsozialisten. Bei ihrer Wahl erklärte Traute Müller ihre Bereitschaft für einen innerparteilichen Neuanfang unter dem neuen ersten Bürgermeister Henning Voscherau.

Dem Posten des Landesvorsitzenden kommt in Hamburg eine entscheidende Bedeutung zu, neben dem Fraktionsvorstand und dem Amt des Bürgermeisters. Da der rechte Parteiflügel den Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden stellt, fällt der Landesvorsitz an einen Sozialdemokraten des linken Flügels.

Hessen-Süd ist mit 82 000 Mitgliedern noch immer der zweitgrößte SPD-Bezirk im Bund und bekannt für einen deutlichen Linkskurs. Heidemarie Wieczorek-Zeul, die dem Parteipräsidium angehört und als Jungsozialistin recht populär war, trat gegen den früheren Sozialminister Armin Claus an. Die Ausgangssituation für die hessischen Sozialdemokraten ist schwierig, denn im April 1987 verlor die Partei denkbar knapp die Regierungsmehrheit nach 40 Jahren.

Dieser Schock ist noch nicht endgültig überwunden, obwohl die Landtagsfraktion der CDU/FDP-Regierung keine Antwort schuldig bleibt. Der Bezirk Hessen-Süd will weiterhin für Denkanstöße sorgen. Da die «rote Heidi» eine glänzende Debattenrednerin ist und noch keinem politischen Widersacher eine Antwort schuldig blieb, wird sie sicherlich für neuen Auftrieb und ein intellektuelles Image sorgen.

Ihr erklärtes Ziel ist eine Erneuerung des Bezirksvorstandes. Allerdings will sie das landespolitische Spiel nicht selbst in die Hand nehmen. Die wichtige Entscheidung über die Nachfolge des Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl bleibt weiterhin offen, nachdem Hans Krollmann sich